

WIRTSCHAFT & ETHIK

Das Magazin der Gesellschaft zur Förderung
von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

31. Jahrgang

2/2021

Freiheit



Klaus Schubert
Freiheit,
die ich meine



Verena von Hugo
Fehlendes
Wirtschaftswissen
bedeutet weniger
Freiheit

Inhalt:

- 02 Editorial**
Werner Lachmann
Meinung
- 03 Herdenimmunität als Kollektivgut**
Sebastian Panreck
Meinung
- 04 Freiheit, die ich meine**
Klaus Schubert
Neuerscheinung
- 05 Von den Medien wenig beachtet und stereotypenhaft dargestellt: Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt**
Matthias Vollbracht
Grundfragen der Wirtschaftsethik LI
- 07 Freiheit und Verantwortung**
Werner Lachmann
Meinung
- 09 SoMaW-O-Mat – Kompass Sozialer Marktwirtschaft**
Elmar Nass
- 09 Impressum / Wer wir sind**
Meinung
- 10 Impfpflicht Ja oder Nein?**
Eine moraltheologische Stellungnahme
Josef Spindelböck
- 12 Bericht**
Schöne neue Arbeitswelt: Der Mensch als Homo Oeconomicus und Homo Laudans
Die GWE-Wirtschaftsfachtagung 2021
Christian Heuser
Meinung
- 14 Christliche Sozialwissenschaft: Motor einer wieder gewinnenden Theologie**
Elmar Nass
Meinung
- 16 Fehlendes Wirtschaftswissen bedeutet weniger Freiheit**
Verena von Hugo

Sie wollen Wirtschaft & Ethik regelmäßig beziehen – als Privatperson, Unternehmen oder Verband?

Abonnieren Sie uns! Kostenlos!

Eine kurze Nachricht genügt:
info@wirtschaftundethik.de
oder 0175/111 70 55
(Telefon, WhatsApp, SMS).



Liken Sie die GWE bei Facebook!

Liebe Interessenten und Freunde



Was ist das gefährlichste, ja eigentlich tödlichste Missverständnis des Christentums?

Dass man es als eine gute, wertvolle Lehre ansieht. So gibt es christliche Grundsätze, christliche Dogmen, christliche Moral, christliche Politik und christliche Anschauungen. Sie sind alle wichtig und interessant – aber: im Grunde genommen, ist es doch erst das Zweite!

Das Wichtigste ist dies: Das Evangelium offenbart uns eine neue Wirklichkeit, die wir mit unseren Sinnen nicht erfassen können. Naturwissenschaftlich ist das Evangelium nicht greifbar. Spurgeon hat einmal gesagt: „Der Glaube ist ein sechster Sinn, der eine neue Wirklichkeit begreift.“ Es geht nämlich um eine Person. Auf Jesus kommt es an!

Als Studenten in den USA sangen wir vor 50 Jahren oft ein schon damals altes Lied mit dem Refrain: „But I know whom I have believed and am persuaded that he is able to keep that which I've committed unto him against that day“! Dieser Vers steht im 2. Timotheusbrief (1,12b); er ist Paulus' letzter Brief vor seinem Märtyrertod. Hier schreibt Paulus: Ich weiß an *wen* ich glaube (besser: wem ich vertraue) – nicht, an *was* ich glaube. Es geht eben um unser Verhältnis zu Jesus Christus, dem Sohn Gottes. Und es geht dabei auch um das, was letztendlich zählt: „bis zu jenem Tag“!

Wir wissen, dass Jesus Christus Herr der Welt ist, der in der unsichtbaren Welt residiert, dass er für Sünder eintritt; wir wissen, dass er wiederkommt. Dies alles zu wissen, ist großartig, aber es reicht nicht, wir müssen IHN auch persönlich kennen.

Viele Christen können großartig von Gott reden; sie meinen, wenn sie in frommem Kreisen die christliche Sprache beherrschen, dann ist das ausreichend. Es reichen aber nicht nur die christlichen Redewendungen; nein wir müssen IHN selber kennen. Ich kann viel über den neuen Bundeskanzler oder eine Ministerpräsidentin wissen, aber dadurch kenne ich sie noch nicht. Ich kann viel über ein Medikament wissen, alle Nebenwirkungen kennen – wenn ich es aber nicht nehme, dann hilft es mir nicht und ich werde nicht gesund! Das einzig rettende Wissen ist, Jesus zu kennen, mit Ihm eine persönliche Beziehung zu haben.

Dieses Vertrauen auf den wiederkommenden Jesus, den Herr der Geschichte, lässt uns auch in diesen turbulenten und unsicheren Zeiten mit großer Gelassenheit leben.

Ich wünsche Ihnen diese Gelassenheit in dieser „verrückten Zeit“ und bleiben Sie coronafrei!

Mit allen guten Segenswünschen
bin ich

Ihr/Euer

Werner Lachmann
Ehrenvorsitzender der GWE

Herdenimmunität als Kollektivgut

Von Sebastian Panreck

Galt es im Frühjahr noch als egoistisch, sich in der Impfreiheitsfolge vorzudrängeln, stehen nun jene Bürger in der Kritik, die sich nicht gegen Corona impfen lassen wollen. In den Worten der Journalistin wurde aus dem Problem der „Impfdrängler“ zunächst das der „Impfmuffel“, nun sogar der „Impfverweigerer“. Dahinter steht die Prämisse, dass eine möglichst hohe Impfquote den Schutz der Herdenimmunität schafft und so einen beschleunigten Weg aus der Pandemie ebnet. Bisher ist die Impfquote zu niedrig, als dass die Herdenimmunität erreicht werden kann. Moralische Appelle laufen ins Leere. Das ist wenig überraschend, schließlich sind die Anreize einer Impfung für viele Skeptiker zu niedrig.

Aus ökonomischer Perspektive entspricht die Herdenimmunität einem Kollektivgut. Solche Güter zeichnen sich dadurch aus, dass niemand von ihrem Nutzen ausgeschlossen werden kann und keine Rivalität im Konsum besteht. Allerdings leiden Kollektivgüter typischerweise unter einem Bereitstellungsproblem: Freiwillig werden sie in einem unzureichenden Umfang zur Verfügung gestellt. Daher gehören Schutzimpfungen zu den meritorischen Gütern, d.h., das Angebot wird staatlich gefördert. Allerdings löst sich so noch nicht das Problem der zu geringen Nachfrage. Um Herdenimmunität zu erreichen, müsste sich eine hinreichend große Anzahl an Bürger impfen lassen (oder genesen sein); die genauen Schwellen sind umstritten.

Nicht-Impfen als dominante Strategie

Ob sich ein Individuum freiwillig impfen lässt oder nicht, hängt vom persönlichen Nutzenkalkül ab. Eine Impfung verspricht zwar Schutz, kann jedoch in seltenen Fällen ernsthafte Nebenwirkungen zeigen oder zum Tod führen. Zwar wird gemeinhin davon ausgegangen, dass der persönliche Nutzen einer Impfung die Kosten bzw. Risiken übersteigt, allerdings gibt es Bürger, die die Risiken höher gewichten als den persönlichen Nutzen. Ein wesentlicher Grund für die Skepsis ist die für den Empfänger schwierige Beobachtbarkeit der Eigenschaften von Impfstoffen („hidden characteristics“). Für Skeptiker ist es vorteilhaft, wenn andere die Herdenimmunität erzeugen, weil dann die eigene Impfung weitestgehend überflüssig wird; spieltheoretisch ist es für sie die dominante

Strategie, sich nicht impfen zu lassen. Ein solches Verhalten führt zu einem Trittbrettfahrerproblem. Die Geimpften werden zu Ausgenutzten („sucker“); die Skeptiker befinden sich als „Free-rider“ in einer deutlich angenehmeren Situation. Die Problematik der Kollektivgüter liegt also darin, dass der Nutzen (zumindest ein wichtiger Teil hiervon) öffentlich anfällt, die Kosten jedoch privat. Sofern mehr Bürger zu den Skeptikern gehören als für die Herdenimmunität vertretbar, kommt das Kollektivgut nicht zustande. Was nun? Üblicherweise wird das Problem der fehlenden Freiwilligkeit durch Zwang gelöst. Beispielsweise erhebt der Staat Steuern für das Angebot an Spiel- und Sportplätzen sowie für Straßen oder Abwassersysteme. Wer sich weigert Steuern zu zahlen, wird empfindlich bestraft. Der Disnutzen aus der Bestrafung führt im Regelfall dazu, dass Bürger freiwillig ihre Steuern bezahlen. Auf die Problematik der fehlenden Herdenimmunität bezogen, soll nun schrittweise die Einführung einer Impfpflicht erfolgen. Dabei handelt es sich zwar um keinen Zwang im engeren Sinne, eine Nicht-Impfung wäre jedoch mit empfindlichen Nachteilen verbunden. Es gilt abzuwägen, ob Kollektivgüter wie der Infektionsschutz der Gesamtbevölkerung oder ein funktionierendes Gesundheitssystem über der individuellen Handlungsfreiheit stehen, sich nicht impfen zu lassen.

Geldprämien oder Nudges als Alternative zur Impfpflicht?

Bevor eine Impfpflicht angewendet wird, gilt es die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme zu prüfen, d.h., ob der Zweck legitim ist sowie das Mittel geeignet, erforderlich und angemessen. Aus ökonomischer Perspektive kann die Erforderlichkeit angegriffen werden. Dahinter verbirgt sich die Frage, ob es nicht ein milderer Mittel gleicher Eignung als die Impfpflicht geben könnte, um die Herdenimmunität zu erreichen. Eine Impfpflicht durch die Hintertür, wie etwa durch 2G-Regeln an Betriebsstätten oder Lebensmittelmärkten, fällt daher raus. Vielmehr sollen Maßnahmen diskutiert werden, die weiterhin auf Freiwilligkeit beruhen.

Mit Geldprämien könnten mehr Bürger für die Impfung gewonnen werden. Der Betrag müsste so hoch sein, dass der Nutzen für so viele Individuen positiv ist, wie für die Herdenimmunität notwendig



ist. Diese Lösung wurde in anderen Ländern teilweise umgesetzt, in Deutschland jedoch abgelehnt, weil „Starrsinn“ nicht noch belohnt werden sollte. Der ideale Zeitpunkt eines monetären Anreizes scheint ohnehin verpasst zu sein. Je länger die Anreize einer Impfung zu gering sind, umso schwieriger wird es, kurzfristig doch noch genügend Skeptiker von einer Impfung zu überzeugen.

Ähnliches gilt für Nudges. Darunter versteht man Anstuser, die zu einem bestimmten Verhalten motivieren sollen, ohne die Handlungsfreiheit einzuschränken oder die Bürger monetär zu korrumpieren. Beispielsweise hätten im vergangenen Sommer alle Bürger eine Einladung für einen reservierten Impftermin erhalten können, ähnlich wie es in Portugal erfolgreich praktiziert wurde. Den Termin wahrzunehmen oder nicht, obliegt den Bürgern. Zumindest Unentschlossene hätte man so besser erreichen können.

Sofern das politische Ziel lautet, die Herdenimmunität schnell zu erreichen, sind Nudges und Geldprämien wohl keine geeigneten Mittel. Auch moralische Appelle erweisen sich als einsame Rufe in der Wüste. Zur effektiven Pandemiebekämpfung könnte eine Impfpflicht zwar geeignet sein, allerdings stellt diese einen sehr starken Eingriff in die individuelle Handlungsfreiheit dar. Ein neuer Lockdown umginge zwar eine Impfpflicht, wäre jedoch auch ein starker Eingriff, wenngleich auf einer anderen Ebene. Wie man das Blatt auch wendet: Politische Entscheidungsträger befinden sich in einem Dilemma.



Sebastian Panreck
ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökonomische Bildung der Universität Münster.

Freiheit, die ich meine¹

Von Klaus Schubert

Foto: iStockphoto.com

Freiheit ist ein universales Menschenrecht, das immer wieder gefordert und verkündet wird, jedoch prekär und bedroht bleibt. Es lohnt sich darüber zu reflektieren, dass und wie Freiheit immer wieder und immer erneut „hergestellt“ werden muss.

Seit Aristoteles werden zwei miteinander verbundene Bedeutungen von Freiheit unterschieden, die „Freiheit von ...“ und die „Freiheit für ...“. Die erste Bedeutung zielt auf die Abwesenheit von Zwang. Es ist der im engeren Sinne politische Begriff von Freiheit. Aufstände, Freiheitskämpfe, Freiheitskriege sichern sich über diesen Begriff ihre Berechtigung – die Freiheit der Person, Gewissens- und Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit etc. sind universal geltend beanspruchende individuelle Menschenrechte. In jedem Fall ist das Ziel, eine drohende oder tatsächlich exekutierte Dominanz, Intervention, Unterdrückung zu verhindern bzw. zu überwinden: Als politisches Gemeinwesen gegenüber feindlicher Usurpation oder gegen eine Diktatur im Inneren. Als Individuum gegenüber dem übermächtigen Staat oder gegenüber Herrschaftsansprüchen von Personen, Gruppen, Organisationen oder anderen gesellschaftlichen, ökonomischen und sonstigen Mächten und Kräften. Dies ist das zentrale, allgemeine Verständnis von Freiheit und die zentrale Arena politischer Debatten. Aufgrund der eindeutigen Position gegen Zwang etc. wird diese Definition auch „negative Freiheit“ genannt.

Die Freiheit für ...

Die zweite Bedeutung zielt auf die inhaltliche Bestimmung und die tatsächliche Umsetzung dessen, was – ohne Zwang und Unterdrückung – getan oder unterlassen wird. Dies ist die „positive Freiheit“, die Freiheit tatsächlich und konkret zu entscheiden und zu handeln, einschließlich der Entscheidung beides nicht zu tun. Es liegt auf der Hand, dass auf dieser – durch Abwesenheit von Zwang eröffneten – konkreten Handlungsebene Werte und Ziele, Meinungen und Interessen maßgeblich werden können, die mit der allgemeinen, universalen Norm Freiheit kollidieren.

Ein Beispiel: Die außerordentliche Breite und Dichte zivilgesellschaftlicher Organisationen, Assoziationen, Vereine, Selbsthilfeeinrichtungen etc. in Deutschland, gelten als Fundament unserer freiheitlichen Demokratie. Da gibt es einerseits das positive Leitbild einer „guten Gesellschaft“, das Menschen veranlasst in zahllosen Initiativen und unterschiedlichen Organisationsformen sozial integrative Arbeit zu leisten. Sportvereine, Serviceclubs, Nachbarschaftshilfen, kirchliche, soziale und kulturelle Einrichtungen – eine Aufzählung im Einzelnen erscheint nahezu unmöglich. Andererseits ist das Engagement zivilgesellschaftlich Aktiver üblicherweise ein Beitrag zu einem (räumlich lokal oder Personen bezogenen) Kollektiv und insofern exklusiv. Genau dies wird spätestens dann problematisch, wenn sich das jeweilige

Engagement mit radikalen – freiheitsfeindlichen – Grundhaltungen verbindet, also die egalitäre und auf allgemeine Wohlfahrt ausgerichtete Grundidee von Zivilgesellschaft desavouiert. Linksradikale Sportvereine, rechtsradikale Jugendclubs, identitäre Wehrsportgruppen sind nur wenige Beispiele hierfür.

Freiheit muss kollektiv hergestellt werden

Genau diese aristotelische Spezifizierung von Freiheit führt zu einer weiteren zentralen Feststellung. Freiheit, freiheitliche Bedingungen sind – einmal etabliert – nicht für immer gegeben. Freiheit muss zunächst (s.o.: negative Freiheit) erkämpft werden, Freiheit muss geschützt und muss immer wieder aktiv hergestellt werden. Dazu ist das einzelne Individuum nicht in der Lage. Freiheit muss vielmehr – alle für jeden Einzelnen – kollektiv hergestellt werden. Insofern ist Freiheit auch kein individuelles, sondern ein kollektives Gut. Freiheit kann individuell nur genossen, nur tatsächlich, faktisch in Anspruch genommen werden, wenn sie kollektiv hergestellt und garantiert wird. Als außerordentlich mächtig und wirkungsvoll hat sich hier der demokratische Rechtsstaat erwiesen.

Was aber, wenn sich unter dem Deckmantel der Freiheit der einzige Jugendclub in der Region auf rechtsradikale Mentoren stützt, dort kaum rechtsradikale Straftaten verübt, aber freiheitsverachtende, demokratiezersetzende Grund-

¹ Mit dem Text von Max von Schenkendorf 1813 und Melodie 1818 von Karl August Groos wurde „Freiheit die ich meine“ eines der geschichtsträchtigsten deutschen Lieder. Der Text entsteht während der Befreiungskriege gegen Napoleon, wird im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts zum nationalen Volkslied und wird mit editiertem Text von den Sozialdemokraten gesungen. „Freiheit, die ich meine“ wird von den Nationalsozialisten missbraucht, 2007 erinnert der rheinland-pfälzische Landtag mit diesem Titel an die Befreiung vom Nationalsozialismus, und Bundespräsident Joachim Gauck wird mit 2017 bei einem Großen Zapfenstreich mit diesem Lied verabschiedet.

einstellungen vermittelt werden? Was, wenn unter den gegebenen freiheitlichen Bedingungen immer wieder behauptet wird, man dürfe ja dieses oder jenes nicht sagen? Was, wenn pauschal, prinzipiell und habituell behauptet wird, es gäbe in Deutschland keine Presse- und Meinungsfreiheit. Was, wenn freie Berichterstattung in freien Medien als „Lügenpresse“ verunglimpft wird?

Vom Schaden der Freiheit, sich nicht impfen zu lassen

Was, wenn das individuelle Recht auf persönliche Unversehrtheit dazu führt, dass eine Pandemie nicht (wenigstens) eingedämmt werden kann, wie wir es jetzt gerade erleben? Wenn die individuelle Freiheit – sich nicht impfen zu lassen, obwohl höchst wirksame präventive Mittel vorliegen – dazu genutzt wird, dass ganz erheblicher kollektiver Schaden, vor allem aber auch massiver, wiederum individuell zu tragender Schaden angerichtet wird? Schaden aufgrund höchster Ansteckungsgefahr und Krankheit, aufgrund überfüllter Krankenhäuser, Einschränkung anderweitig Kranker und Beschränkung anderweitig notwendiger Operationen und Intensiv-

behandlungen, aufgrund dramatischer Übersterblichkeit? Schaden aufgrund der Folgen für und Einschränkungen in den Gewerbe-, Geschäfts-, Bewegungsfreiheiten, aufgrund von Arbeitskräftemangel, aufgrund von Produktionsausfällen, aufgrund gerissener Lieferketten, aufgrund von Konsumausfällen? Schaden aufgrund von Kindergarten- und Schulschließungen, überlasteten Eltern? Schaden, der durch die Verbreitung falscher Informationen und einer auch deshalb notorisch verunsicherten Öffentlichkeit entsteht?

Das Thema Freiheit provoziert die philosophische Frage nach der Willensfreiheit, d.h. die Frage, ob es Menschen generell möglich ist, frei zu entscheiden und zu handeln, oder, ob sie nicht von inneren oder äußeren Zwängen beherrscht sind, die Willensfreiheit ausschließen. Unabhängig von diesem vielleicht niemals zu beantwortenden „großen Tableau“, ist Freiheit eine moralische Kategorie. Menschen sind in der Lage, zwischen richtig und falsch, zwischen gut und böse zu unterscheiden. Das aber ist die zentrale Voraussetzung zur Übernahme persönlicher Verantwortung.

Freiheit zur Verantwortung

Aus gesellschaftlicher und aus politischer Sicht sind also Freiheit und Verantwortung voneinander abhängig – bedingen einander. Wenn in diesem Sinne Freiheit richtig und gut ist, trägt das Individuum die Verantwortung seine individuellen Entscheidungen und Handlungen so zu treffen, dass die eigene und die Freiheit aller, gesichert ist. Im Falle der grassierenden Pandemie heißt das, kollektiv dafür zu sorgen, dass die individuellen Freiheiten (wieder) wahrgenommen werden (können). Was passiert, wenn zu viele Individuen aufgrund individueller Verantwortungslosigkeit die Freiheiten aller bedrohen, sehen wir an der Debatte über eine allgemeine Impfpflicht. Das Ziel bleibt gleich: Die kollektive Sicherung und – im gegebenen Fall die Wiederherstellung – umfassender individueller Freiheiten.



Prof. Dr. Klaus Schubert

war von 2002 bis 2021 Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Politik und Politikfeldanalyse am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster, dessen Direktor er von 2002 bis 2007 war.

Von den Medien wenig beachtet und stereotypenhaft dargestellt:

Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt

von Matthias Vollbracht

Es gibt in Deutschland etwa 7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen (also rund jeder zehnte Bundesbürger). Für drei Millionen von Ihnen stellt sich aufgrund des Lebensalters die Frage nach der beruflichen Teilhabe, aber nur ca. die Hälfte ist in den Arbeitsmarkt integriert. Die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen ist doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Behinderung. Sie suchen wesentlich länger nach einer neuen Stelle und die Pflichtbeschäftigtenquote von fünf Prozent für Arbeitgeber mit mehr als 20 Beschäftigten wird in der Privatwirtschaft nicht erreicht. Allein bei den größten börsennotierten Unternehmen Deutschlands, den DAX30, verfehlt mehr als die Hälfte



Foto: iStockphoto.com



te die Pflichtbeschäftigtenquote. Wenn man an die aufgeregte Berichterstattung über den Mietpreisdeckel oder die Vermögensverteilung in Deutschland denkt, dann klingt das wie ein weiteres Thema, bei dem man hitzige öffentliche Diskussionen erwarten sollte. Dem ist nicht so. Wie der Verfasser in seiner vor kurzem vorgelegten Dissertation¹ an der Universität Hohenheim gezeigt hat, verläuft die Berichterstattung von Menschen mit Behinderungen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle für ein breites Publikum in den deutschen Medien. Eine Bevölkerungsgruppe, die in einer Demokratie nicht in der öffentlichen Meinung repräsentiert ist, hat es allerdings schwer, ihre Bedürfnisse wirksam in den politischen Prozess einzubringen. Wenn berichtet wird, dann geht es noch am ehesten dabei um Behindertenpolitik (wie zuletzt das Bundesteilhabegesetz), oder Sport (Paralympics). Die Berufstätigkeit rangiert eher im Mittelfeld. Eine detailliertere inhaltsanalytische Untersuchung der Berichterstattung von überregionalen und regionalen Zeitungen in Deutschland seit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland im Jahr 2009 zeigt weiter, dass die (seltene) Berichterstattung über berufliche Inklusion in der Regel Erfolgsbeispiele zeigt, statt auf die oben genannten Probleme aufmerksam zu machen.

Der Verfasser hat mit Hilfe eines Triangel-Ansatzes untersucht, wie sich dieses ungewöhnliche Phänomen erklären lässt und welche Konsequenzen daraus gezogen werden können. Dazu wurde im Detail betrachtet, wie sich der Arbeitsmarkt für schwerbehinderte Menschen entwickelt hat und wie die Berichterstattung ausfiel. Auch wenn die Berichterstattung seit 2009 leicht zugenommen hat, liegt sie weiterhin weit unterhalb der Wahrnehmungsschwelle für ein breites Publikum. Sie ist zudem von Stereotypen geprägt, vor allem vom „Superkrüppel-Stereotyp“. Damit bezeichnet man die Darstellung eines Menschen mit Behinderung, wenn sie auf seine außerordentliche Willenskraft, Motivation und den Erfolg der Überwindung seiner Einschränkungen abhebt, oft noch gepaart mit den Zuschreibungen einer Vorbild- oder Motivationsfunktion. Die strukturellen Hürden, aber auch die vielfältigen Förderungsmöglichkeiten für Arbeitgeber zur Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen spielen dagegen in der Berichterstattung kaum eine Rolle.

Auf Basis der kurz skizzierten Ergebnisse (niedrige Aufmerksamkeit, eher Erfolgsdarstellungen) wurden mit zehn Journalistinnen und Journalisten Interviews geführt. Darin ging es um die Frage, aus welchen Anlässen über Menschen mit Behinderungen berichtet wird, ob es konkrete Anlaufstellen in den Redaktionen gibt, inwiefern Tabus oder Vorurteile eine Rolle spielen könnten, über vermutete Leserinteressen und weitere Fragen. Es zeigt sich, dass es in den Redaktionen kaum konkrete Zuweisung von Verantwortungen für die Berichterstattung über Menschen mit Behinderungen gibt. In den überregionalen Medien landet das Thema – wenn überhaupt – eher in der Politik-Redaktion, in den lokalen Medien bei den jeweils zuständigen für das betreffende Gebiet. Im Hinblick auf das erforderliche Hintergrundwissen und Unsicherheiten im Umgang mit Menschen mit Behinderungen ist das fehlende Kontextwissen ein Problem für eine qualitativ gute Berichterstattung. Die meisten Journalisten verneinen, dass sie bewusst Erfolgsbeispiele auswählen. Diese werden aber noch am

ehesten an sie herangetragen (z.B. durch Inklusions-Preise für Arbeitgeber). Der Autor entwickelt aus dem Gespräch mit Ulrik Haagerup (Leiter des Constructive News-Instituts an der Universität Aarhus/Dänemark) und Raul Krauthausen (Behindertenrechtsaktivist / Berlin) Ansätze für eine sachgemäßere Berichterstattung. Nachrichtenwert kann demnach entstehen aus der Konfrontation mit vermuteten Stereotypen, Vorurteilen und Unwissenheit in der Bevölkerung, Debatten über „normative Normalität“, die selbst benannten Erwartungen und Ansprüche Betroffener, Auswirkungen von Behinderung auf die Berufspraxis bekannter beruflicher Rollen, Barriere Erfahrungen und Meta-Themen wie demographischer Wandel oder Fachkräftemangel.



Dr. Matthias Vollbracht

ist Ökonom und Medienwissenschaftler. Nach dem Studium in Mainz (Abschluss Diplom-Volkswirt) arbeitete er zunächst als Journalist und seit 1994 als verantwortlicher Researcher für Wirtschaft beim Medienforschungsinstitut Media Tenor (Zürich/Wien). Den Anstoß für die vorliegende Dissertation gab eine Auftragsstudie der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) über das Medienbild von Menschen mit Behinderungen in der Arbeitswelt („Besser als die Wirklichkeit“, InnoVatio 2017). Matthias Vollbracht arbeitet im Vorstand der GWE als Schriftführer mit, ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und lebt bei Bonn.

¹ Vollbracht, M. (2021): Das Medienbild beruflicher Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Eine empirische Analyse journalistischer Handlungen und ihrer Auswirkungen auf die Print-Berichterstattung. Zürich, InnoVatio Verlag. Für aktuelle Zahlen zum Arbeitsmarkt für schwerbehinderte Menschen siehe auch

Vollbracht, M. et al. (2021): Coronapandemie rückt Inklusionshürden ins Bewusstsein. Behindertenhilfe in Deutschland – Trendbericht 2021. Hamburg, BGW

Freiheit und Verantwortung

von Werner Lachmann

Freiheit ist heute in aller Munde. Viele Parteien versprechen fast grenzenlose Freiheit, allerdings nur in einigen Bereichen. Im individuellen Bereich wird Freiheit versprochen; dennoch hat man den Eindruck, dass immer mehr reglementiert wird. So ist fraglich, ob die Einschränkung der Grundrechte wegen der Corona Pandemie wirklich notwendig ist.

Deutschland ist ein föderativer Staat; die Bundesländer haben in einigen Gebieten das Entscheidungsrecht. Auch die Europäische Union sollte föderativ aufgebaut sein. Wache Bürger (sind das alles Querdenker?) beobachten eine immer stärkere Manipulation der Meinung, auch durch die staatlich kontrollierten und vom Bürger bezahlten Medien. Eine Kritik an dieser „political correctness“ kann einem schon das Amt kosten. Ich erinnere an der Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen.

Deutschland ist bunt – wer nicht bunt ist muss ein Rechter sein. Rechts muss bekämpft werden. Immerhin ist die Bundesregierung, nachdem die ehemaligen führenden Nazis fast alle gestorben sind, nun mutig genug, gegen diese vorzugehen. Warum nicht schon vor 40 oder 50 Jahren? Immerhin hatte Bundeskanzler Adenauer den Kommentator der Nürnberger Gesetze gegen die Juden zum Staatssekretär (Globke) bestimmt. Es wird davor gewarnt, dass die Nazis wieder die Macht ergreifen könnten. In vielen Bereichen wird kaum eine abweichende Meinung geduldet. Mich überrascht auch, dass Kinder schon „aufgehetzt“ werden, wegen des Klimawandels Autofahren der Eltern zu kritisieren. „Fridays for Future“ wurde hoch gelobt. Jugend ist radikal und auch leicht manipulierbar. Das Anliegen ist ernst zu nehmen – aber der Teufel steckt im Detail. Wie soll es durchgeführt werden und sind die Gründe des Klimawandels wirklich gesichert? Die Ergebnisse sind doch stets modellabhängig!

„Fridays for Future“ erinnerte mich an ein Erlebnis in den Vereinigten Staaten. Statt eine wirtschaftspolitische Vorlesung zu hören, wollten die Studenten über den Vietnamkrieg und den Schah diskutieren. Dies seien heute die relevanten Themen der amerikanischen Gesellschaft. Ich sagte, dass ich für diese Vorlesung bezahlt werde. Aber, dieses wichtige Thema können wir heute Abend diskutieren. Ich reserviere den Hörsaal dafür. Ich war der einzige, der erschien. So wichtig war dieses Thema, das so emotional vorgetragen wurde. Keinem war es den Aufwand wert zu kommen. Sie wollten nur keine Vorlesung. „Saturdays for Future“ hätte nicht funktioniert – schließe ich aus solchem Verhalten. Und die „Schulschwänzer“ kommen sich dabei auch noch wichtig vor.

Auch die Demokratie ist gefährdet. Das Parlament wird oft ausgeschaltet. Es wird im Parlament nicht mehr um die richtige Politik debattiert und gerungen. Man trifft sich in einem Koalitionsausschuss. Was dort abgesprochen wird, nickt das Parlament ab. Das erinnert viele an die politischen Methoden in der DDR. Hat sich der Ministerrat geeinigt, dann gab es in der Volkskammer das „parlamentarische Plazet“. Ob der ehemaligen Bundeskanzlerin, die ja in der DDR Agitationssekretärin der FDJ war und nicht als Widerstandskämpferin aufgefallen ist, diese Art der Regierungskunst mitgenommen hat in den Bundestag?

Enttäuscht war ich von der Abschaffung der Ehe, die in wenigen Minuten ohne Aussprache geschah. Hätte eine solche wichtige Frage nicht im Parlament diskutiert werden müssen? Manche fragen sich, ob das Parlament noch sein Geld wert ist, insbesondere, wenn man liest, wie viel Zeit die Abgeordneten für die Nebentätigkeiten aufwenden. Wo bleibt da die Verantwortung?

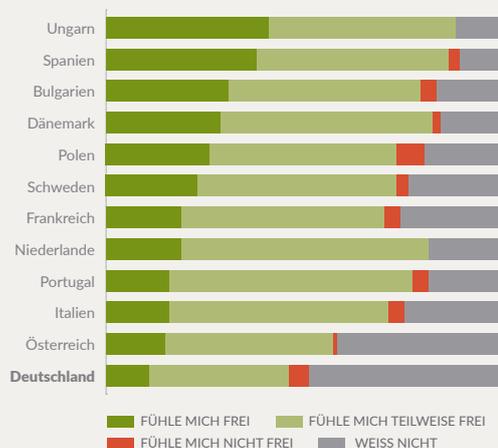
Das Maß an ethischen Verhalten scheint überall abzunehmen.

In Richtung „Umwelt“, deren Veränderung wohl nicht abzustreiten ist, wird penetrant auf CO₂ abgestellt. Das darf gar nicht mehr hinterfragt werden. Die Physikerin Dr. Merkel bezeichnete CO₂ einmal als schädliches Gas. Dabei ist CO₂ lebensnotwendig, die Wälder und Wiesen benötigen CO₂. Mehr CO₂ in der Luft führt zu stärkerem Wachstum. So sollen in Gewächshäusern die CO₂-Konzentrationen erhöht werden, damit die Pflanzen schneller wachsen. Die CO₂ Konzentration ist auch nicht merklich gestiegen. Mir ist nicht klar, wie es durch die geringe Erhöhung zum Klimawandel kommt – und wie wurden die bekannten Klimawandel der Vergangenheit ohne CO₂ erreicht? Aber in unserer Demokratie darf das nicht hinterfragt werden, sonst ist der Frager Querdenker und rechtsradikal.

Die „Watsche“, die die Kommissionspräsidentin von der Leyen dem ungarischen Ministerpräsidenten verpasste, hat wenig mit Demokratie und Föderalismus zu tun. Eine Einheitsmeinung soll von der EU und ihren Intellektuellen durchgesetzt werden. Nach meinen Informationen (ich kann kein Ungarisch), sollten die Kinder in der Schule vor einer frühzeitigen Sexualisierung geschützt werden. Muss man schon in diesem Alter die sexuellen Praktiken den Kindern vorsetzen und sind die Werte, die die Kinder in der Erziehung mitbekommen sollen, nicht eine Aufgabe der Eltern? Aus religiösen Gründen dürften sich Eltern gegen diesen Eingriff in ihre Rechte wehren. Frau von der Leyen, die das Gesetz ja wohl gekannt haben muss, ereifert sich, dass dies „europäische Werte“ verletze. Sind das die europäischen Werte, die noch vor 30 Jahren ganz anders aussahen, wo man Familie, Ehe und Kinder noch schützte. Sind das nicht die letzten Siege der 1968-er Generation, denen diese Werte damals verhasst waren? Auch die Behandlung Polens widerspricht dem föderativen Aufbau der EU. Wollen wir eine Brüsseler Meinungsdictatur?

DEUTSCHE FÜHLEN SICH AM WENIGSTEN FREI

EU-Umfrage: Wie frei fühlen Sie sich in Ihrem täglichen Alltag – können Sie selbstbestimmt agieren?



Quelle: European Council on Foreign Relations, Ivan Krastev & Mark Leonard, September 2021

Wieso darf ein Land bei bestimmten Werten nicht seine eigene Gesetzgebung gestalten? Welche ethischen Werte sind denn verletzt worden? Ist das Recht oder doch nur Ideologie, die damit durchgesetzt werden soll. Überschreitet die Europäische Kommission nicht ihre Kompetenzen? Die Politik von Mario Draghi, die von Frau Lagarde fortgesetzt wird, bietet einen Sprengstoff. Diese rasante Geldvermehrung diene den Reichen und den Investmentfonds und den Börsen. Geht es den Reichen gut, dann geht es auch den Bürgern gut - scheint die Devise zu sein.

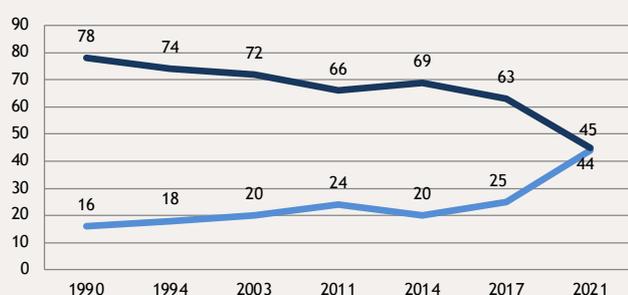
Deutschland hat auch ein Problem. Da wir aus unserer Geschichte und im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft Inflation, übermäßige Geldvermehrung und Staatsverschuldung eindämmen wollten, aber die Südländer im EZB Rat dominieren, werden Maastricht-Regeln übertreten. Die Kommission sollte eigentlich darüber wachen, dass die Verträge eingehalten werden. Man gewinnt den Eindruck, dass die europäischen Richter nicht wagen, unabhängige Entscheidungen zu treffen. Wollen wir wirklich eine europäische Diktatur? Sollte es nicht einen Wettbewerb der besseren Ideen geben? Einst hatten nordische Staaten bestimmte gesellschaftliche Überzeugungen vertreten, waren damit für viele ein Vorbild, die sie jetzt nicht mehr so krass vertreten, da sie die Konsequenzen spürten.

Braucht nicht jede funktionierende Gesellschaft auch eine Ordnung? Freiheit reicht nicht aus. Wir wissen das aus dem Marktgeschehen. Entscheidungsfreiheit der Unternehmen ist wichtig, aber sie haben diese Freiheit nur in einem bestimmten Fahrwasser. Sie dürfen beispielsweise Marktmacht nicht missbrauchen; Betrug muss ausgeschlossen werden; Umweltauflagen sind zu beachten. Absolute Freiheit ist ein Unding. Die Freiheit endet an der Freiheit der anderen.

Die europäische Gesellschaft hat sich von vielen christlichen Werten verabschiedet. Aber Christen, die noch innerhalb dieser Werte mit ihren Familien leben wollen, müssen dazu das Recht haben. Die Keimzelle der Gesellschaft ist nach Auffassung der Sozialen Marktwirtschaft die Familie – nicht der Staat, der uns die Freiheit geben will, wie er will.

Mir wurde in der Schule vor 70 Jahren noch beigebracht, dass auch derjenige, der meine Meinung nicht teilt, das Recht habe, seine Meinung zu vertreten. Er muss auch zu Wort kommen. Man gewinnt den Eindruck, dass dieses Prinzip heute nicht mehr gilt. Ich sage nicht, dass es keine Meinungsverschiedenheiten mehr gibt. Aber diese sind nur in einer gewissen Bandbreite (political correctness) möglich. Wer diese generelle Tendenz ablehnt, wird diskriminiert – trotz des Diskriminierungsverbots.

Frage: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“



Dunkle Linie: „kann frei reden“, helle Linie: „besser vorsichtig sein“

Quelle: Freiheitsindex Deutschland 2021, Seite 13

Es hatte mich negativ berührt, wie schnell der letzte Bundestag diskriminierende Entschlüsse fassen konnte. Die erste Sitzung nach einer Wahl wurde bisher vom ältesten Abgeordneten eröff-

net. Das wurde Jahrzehnte so gehandhabt. Leider war es damals einer der verhassten AfD. Also wurde diese Regel geändert. Hätte die Demokratie gelitten, wenn ein (vom Volk gewählter) AfD-Abgeordneter die erste Sitzung des neuen Bundestages eröffnet hätte? Die damals größte Oppositionspartei bekam keinen Vizepräsidenten des Bundestages. Das scheint mir gegen die bisher geübte Praxis und das bisherige geübte Demokratieverständnis zu sein. Natürlich, es geht um Macht, aber nicht auch um Fairness? Auch im neuen Bundestag geht diese alberne Diskriminierung der AfD weiter? Mit kommt das kindisch vor!

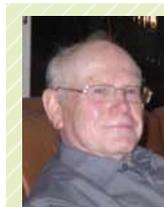
Ein Glanzstück war der Eingriff der Kanzlerin, dass die Wahl eines FDP-Abgeordneten in Thüringen zum Ministerpräsidenten rückgängig gemacht wurde. Was ist das für ein Demokratieverständnis? Ein solches Verhalten passt in die DDR aber nicht in ein freies föderales Deutschland.

Wir haben nicht nur einen Klimawandel, sondern auch einen gewaltigen Wertewandel. Manches ist erfreulich, aber manches muss hinterfragt werden können. Dank des Versagens der Staatskirchen, hat der Einfluss des Christentums abgenommen. Selbst die Kirchen scheinen die Bibel nicht mehr als Richtschnur zu nehmen. Zwar wird Martin Luthers festes Auftreten in Worms gefeiert, aber wehe, ein Pfarrer widerspricht dem bunten Spektrum der Kirchenleitung – selbst wenn mit biblischen Zitaten belegt. Können wir da noch von Meinungsfreiheit reden? Wenn die Grundlagen für ethisches Handeln abgebaut werden, dürfen wir uns nicht wundern, dass ethisches Verhalten abnimmt. Das wird bedauert, selbst die Vertreter des Volkes scheinen dem Mammon gegenüber empfänglich zu sein. Sie könnten diese Korruptionsgefahr abwenden – aber sie wollen nicht. Sie wollen es nur so formulieren, dass man ihnen nichts nachsagen kann. Wer reformiert schon gegen seine eigenen Interessen?

Selbst die Liberalen sind auf dem bunten Auge blind. Ich freue mich, dass sie sich für gewisse ökonomische Freiheiten einsetzen, die ökonomische Werte der Sozialen Marktwirtschaft hoch halten. Aber die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft (z.B. Röpke) wussten, dass die Voraussetzungen des Marktes auf Grundlagen beruhen, die der Markt nicht schaffen kann, nämlich auf den Werten der Menschen. Die Tugenden sind auf den Markt mitzubringen; der Markt kann sie nicht schaffen, bestenfalls erhalten, wie Adam Smith zeigte.

Was uns in Europa fehlt ist ein Wertekonsens. Er wird schwer herzustellen sein; aber zumindest müsste wieder eine größere Toleranz herrschen. Die Toleranz wird nur in Richtung „bunt“ erlaubt; aber wer kein buntes Leben führen will, wieso hat er das Recht dazu nicht, wird diskriminiert, darf sie seinen Kindern nicht weitergeben.

Echte Freiheit gibt es im biblischen Sinn nur in Jesus Christus. Wenn euch der Sohn frei macht, dann seid ihr wirklich frei. Und, so die Bibel, wir sind zur Freiheit berufen, wir sollen uns nicht wieder in Knechtschaft begeben. Leider haben viele Menschen Angst, ihre abweichende Meinung öffentlich zu vertreten. Sie fürchten die öffentliche Meinung. Nur mit einer solchen Haltung wäre das Christentum schon früh am Ende gewesen. Sie standen damals zu ihren Aussagen – bis zum Martyrium.



Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D.

war Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist Gründer und seit 2017 Ehrenvorsitzender der GWE.

SoMaW-O-Mat – Kompass Sozialer Marktwirtschaft

von Elmar Nass

Der Wahl-O-Mat war vor der Bundestagswahl. Hilfreiches Internet-Instrument für Unentschlossene. Viele haben sich damit anhand ihrer Antworten auf vorgegebene Fragen eine Tendenz für ihr Wahlverhalten eingeholt. Auch Gewichtungen waren möglich. Die Wahl liegt hinter uns. Die neue Legislaturperiode hat begonnen. Natürlich will die neue Regierung die Soziale Marktwirtschaft fortführen. Das haben fast alle Parteien vor der Wahl beteuert. Schon lange behaupten aber viele Stimmen, wir hätten sie schon lange aufgegeben. Was also stimmt? Dazu hilft ein Kompass, ähnlich wie der Wahl-O-Mat. Nennen wir ihn den SoMaW-O-Mat. Er stellt Fragen nach der Übereinstimmung konkreter Politik mit den Grundideen Sozialer Marktwirtschaft. Je mehr Zustimmung, umso mehr Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards u.a. wird realisiert. Die Kategorienstufen stehen dabei für die Gewichtung. Der Kompass hilft zur redlichen Momentaufnahme: Das Ergebnis bedeutet entweder Bestätigung, nötige Korrektur oder Abkehr vom Ideal Sozialer Marktwirtschaft. Hierbei geht es also weder um Nostalgie noch ums Festhalten an Verflorstem, sondern um eine ehrliche Standortbestimmung.

Kategorie 1 (besonders wichtig): 1.) Ist die Entfaltung unantastbarer und (christlich) objektiv begründeter Menschenwürde als Autonomie das letzte Ziel der Ordnung? 2.) Haben wir dazu eine freiheitliche Wettbewerbsordnung mit sozial verpflichtetem Privateigentum, die zugleich gesellschaftliche Harmonie, individuelle Freiheit und Tugend fördert? 3.) Besteht Wohlstand für alle (dazu fähigen) Familien und Menschen als positive Freiheit, damit sie eigenverantwortlich für sich sorgen und vorsor-

gen können: durch Erwerbsarbeit, die hinreichend entlohnt ist? 4.) Sind Preis- und Vertragsfreiheit, Konsumfreiheit und Freiheit wirtschaftlicher Betätigung garantiert? Kategorie 2 (auch wichtig): 5.) Ist ein verbindendes Interesse mit dem Ganzen der Gesellschaft kultiviert? 6.) Stehen soziale Transfers im Sinne der Fürsorge (nur) denen zu, die sich nicht selbst helfen können? 7.) Wird Eigennutzen als Motivation akzeptiert und Raffgier sanktioniert? 8.) Haben Wirtschaftspolitik und -wissenschaft stets die Folgen ökonomischen Handelns für das Zusammenleben im Blick? 9.) Sind Wirtschaftswachstum, ausgeglichene Handelsbilanz, Vollbeschäftigung und Preisstabilität gleichberechtigte Ziele? 10.) Wird auf öffentliche Verschuldung, Arbeitsbeschaffung und Umverteilungspolitik so weit wie möglich verzichtet? Der unbeugsame Erhard war als Kanzler zurückgetreten, als er seine Prinzipien dahinfließen sah. Wir stehen in der Nachfolge solcher Ideen. Wir müssen uns heute neuen Herausforderungen stellen. Ist es noch oder wird es wieder eine Soziale Marktwirtschaft sein? Oder haben wir schon längst eine grundsätzlich andere Wirtschaftsordnung?

Beitrag zuerst veröffentlicht: Die Tagespost vom 21.10.2021



Prof. Dr. Dr. Elmar Nass

ist katholischer Theologe und Ökonom. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie.

Über die GWE

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen und Seminare durch und geben die doppelt-referierte Fachzeitschrift JoME – Journal for Markets and Ethics, den halbjährlichen Informationsdienst Wirtschaft & Ethik sowie Bücher zu verschiedenen Themen der Wirtschaftsethik heraus.

Vorstand

Vorsitzender der GWE e.V. ist Prof. Dr. Christian Müller, stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Harald Jung, Ehrenvorsitzender ist Prof. i.R. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D.. Darüber hinaus gehören dem Vorstand an: Prof. Dr. Gerald Mann, Karl J. Möckel, Dr. Matthias Vollbracht, Prof. Dr. Dr. Elmar Nass, Johannes Zabel.

Mitgliedschaft

Wer Christ ist und aktiv die Anliegen der GWE unterstützen möchte, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft beim Vorstand stellen.

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen rechtzeitig mit.

Impressum

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. (GWE)

Prof. Dr. Christian Müller, Dr. Matthias Vollbracht
c/o Institut für Ökonomische Bildung

Universität Münster
Scharnhorststraße 100
48151 Münster

Tel. +49 (0)175 1117055

E-Mail: info@wirtschaftundethik.de

Internet: <http://wirtschaftundethik.de>

Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e.G.

IBAN: DE22 7609 0500 0001 0210 60

BIC: GENODEF3306

Herstellung & Versand

Layout: Jürgen Bogedain

Druck: Müller Fotosatz&Druck GmbH

Johannes-Gutenberg-Str. 1

95152 Selbitz/Hochfranken

Telefon +49 (0)92 80 /971-0

www.druckerei-gmbh.de

Wirtschaft & Ethik erscheint halbjährlich.

Die in den einzelnen Beiträgen vertretenen Ansichten stellen nicht unbedingt die Meinungen der Redaktion und/oder der GWE insgesamt dar.

Impfpflicht Ja oder Nein?



Foto: unsplash, Prasesh Shiwakoti, Lomash

Eine moraltheologische Stellungnahme

von Josef Spindelböck

Die Covid-19-Pandemie stellt für die Menschen in Österreich eine große Herausforderung dar. Da diese Erkrankung nicht nur einzelne betrifft, sondern eine öffentliche Dimension hat, liegt es im gesellschaftlichen und politischen Interesse, die Erkrankung so weit einzudämmen, dass man insgesamt mit ihr leben kann. Ein wichtiger Indikator für den Ernst der Lage ist die Zahl der noch freien Intensivbetten für

Covid-19-Patienten mit schweren Verläufen. Rechtzeitig müssen geeignete und zugleich verhältnismäßige Maßnahmen ergriffen werden, dass eine solche Not-situation möglichst nicht erreicht wird, bei welcher die Triage als letzter Ausweg bleibt.

Nach Auffassung führender Virologen und medizinischer Experten erweisen sich die in Österreich und Deutschland

angebotenen Impfstoffe als hochwirksam. Es ist bisher nicht gelungen, ausreichend viele Menschen von der Notwendigkeit einer solchen Impfung zu überzeugen; so versucht es die Politik jetzt mit Druckmitteln (fallweiser Lock-Down für Ungeimpfte, angekündigte Einführung einer Impfpflicht).

Viele Menschen in Österreich haben derzeit den Eindruck, dass die politisch Ver-



Foto: unsplash, Markus Spiecke

antwortlichen die eigenen Versäumnisse in der koordinierten Bekämpfung der Pandemie auf die Gruppe der Ungeimpften abzuwälzen suchen. Diese werden als Sündenböcke ausgemacht, die es zu bestrafen gilt, wenn sie sich nicht überzeugen lassen. Eine solche Vorgangsweise ist hochproblematisch, da hier die notwendige Solidarität aller in der Bekämpfung des Virus und im Hinblick auf das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt infrage gestellt und beschädigt wird. Schon als Menschen und noch mehr als Christen dürfen wir einander nicht ausgrenzen, sondern sollen uns für das Wohl und Heil aller Mitmenschen einsetzen.

Grundsätzlich gilt: Wer eine Impfung für sich persönlich ablehnt, ist ethisch verpflichtet, sich und andere vor einer möglichen Ansteckung und Ausbreitung des Covid-19-Virus zu schützen. Dazu zählen insbesondere regelmäßige Tests, ausreichender Abstand zu Personen, die nicht im gemeinsamen Haushalt leben, Schutz durch FFP2-Masken etc.

Um des Gemeinwohls willen kann in einem streng definierten Rahmen eine zeitweise Impfpflicht eingeführt werden, wenn dies medizinisch gesehen der letzte Ausweg ist (die „ultima ratio“), um die negativen Folgen einer Pandemie einzudämmen. Freilich wird hier das grundlegende Menschenrecht auf persönliche Freiheit und die Achtung der körperlichen Integrität eingeschränkt; deshalb ist eine solche gesetzliche Anordnung rechtfertigungspflichtig. Sollte eine temporäre Impfpflicht eingeführt werden, dann müssten zugleich auch Ausnahmen definiert werden: für bereits Genesene, für Menschen mit bestimmten körperlichen Erkrankungen und in außergewöhnlichen psychischen Situationen und nicht zuletzt auch für jene, welche eine Impfung aus Gewissensgründen ablehnen.

Abschließend formuliert der Moraltheologe einen persönlichen Appell an alle noch Zögernden: „Sofern dem nicht schwerwiegende Gründe entgegen stehen: Lassen Sie sich bitte möglichst bald impfen! Es dient dem Wohl aller.“



Prof. Josef Spindelböck

Der Autor ist ordentlicher Professor für Moraltheologie und Dozent für Ethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St.

Pölten sowie außerordentlicher Professor für Moraltheologie und Sozialethik an der Katholischen Hochschule ITI in Trumau.



Foto: unsplash, Mat Napo

Schöne neue Arbeitswelt: Der Mensch als Homo Oeconomicus und Homo Laudans

Die GWE-Wirtschaftsfachtagung 2021 „Brave New Work? – Mensch und Arbeit im 21. Jahrhundert“ in Kaub am Rhein

von Christian Heuser

Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen sich mit Beginn der Pandemie zunächst aufgrund von Rückgängen der Zuwanderung und von Minijobs mit geringerer Absicherung sowie eines vorzeitigen Erwerbsausstiegs älterer Arbeitskräfte reduzierte, hat sich die Lage am Arbeitsmarkt im Laufe des Jahres 2021 wieder deutlich erholt. Während in der Spitze die Corona-bedingte Arbeitslosigkeit bei 638 Tsd. Personen gelegen hatte, sorgten die Lockerungen dafür, dass die Erwerbstätigkeit im Sommer 2020 und im Frühjahr 2021 schnell wieder anstieg. Wie Prof. Dr. Bernd Fitzenberger, Präsident des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung feststellte, nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis Oktober 2021 zu, und die Arbeitslosigkeit sank erneut ab. Er nahm die Teilnehmenden mit hinein in die aktuellen Ergebnisse des Qualifikations- und Berufsprojektionen-Projekts, mit dem das Institut die Entwicklung von Berufsgruppen bis zum Jahr 2040 anhand von konkreten Kennzahlen veranschaulicht. Darin enthalten sind auch die Effekte von Klimawandel-/Klimaschutz und Digitalisierung. Fitzenberger war nur einer von den hochkarätigen Referentinnen und Referenten auf der Wirtschaftsfachtagung der GWE und der Fachgruppe Wirtschaft der Studiengemeinschaft Wort und Wissen, die im November 2021 unter GWE-Regie in Kaub am Rhein stattfand.

Begegnung in pandemischen Zeiten

Bis eine Woche vor dem Beginn war unklar, ob die Tagung aufgrund der sich wieder verschärfenden pandemischen Lage überhaupt stattfinden kann. Umso froher waren wir Organisatoren, als wir am 11. November fast 50 Teilnehmer in Kaub begrüßen konnten. Die Begegnungen zwischen Teilnehmern, Referenten und Organisatoren machten deutlich, wie wertvoll alle Beteiligten den persönlichen Austausch erlebten. Das Tagungsprogramm bot ein intensives und breit gefächertes Spektrum an Themen rund um die Arbeitswelt und deren Herausforderungen, im Nachgang einige inhaltliche Perspektiven. Impulse zum Tagesbeginn gaben Verena von Hugo, Co-Vorsitzende des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e.V und Maria Christiana von Habsburg, Vorstandsmitglied bei Mary's Meal e.V., Mainz.

Die Tagung wurde von Christian Heuser mit einer Hinführung zum Thema eingeleitet, bevor Dr. Carl-Christian von Weyhe, Geschäftsführer SAP Deutschland, aus dem Innenleben der SAP, einem DAX-Schwergewicht, den Zuhörern die aktuelle Arbeitswelt aus Sicht der Wirtschaft darstellte. SAP ist ein Unternehmen ohne nennenswerte bilanzielle Vermögenswerte. Der Wert der SAP-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könne nicht bilanziert werden. Dennoch ist es laut von Weyhe wichtig, dieses wichtigste Gut eines Service-Unternehmens zu pflegen und zu entwickeln. Er erwarte von den Mitarbeitenden, dass sie Entscheidungen so treffen sollen, als wäre SAP ihr eigenes Unternehmen. Von Weyhe ging auf diverse Aspekte ein, die zur Steigerung der Zufriedenheit in der SAP-Belegschaft beitragen (beispielsweise Co-Leadership bei Teilzeitstellen). Eine Vielzahl an Maßnahmen trage dazu bei, dass das Interesse an SAP als Arbeitgeber sehr hoch sei (in 2020 mehr als 145.000 Bewerbungen allein in Deutschland). Von Weyhe zeigte auf, dass die Beachtung der Mitarbeiter-Zufriedenheit strategisch wird und Hygienefaktoren sowie Motivatoren wichtig sind. Aber auch die Einbindung des Unternehmens in die Gesellschaft werde wichtiger, etwa durch die Beachtung der 17 Sustainable Development Goals der UN. Mit Blick in die Zukunft und die Veränderungen in der Welt geht von Weyhe davon aus, dass sich die Bedürfnisstrukturen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ändern und Arbeitgeber sich darauf einstellen und anpassen müssen. Büros seien in Zukunft vor allem Orte für Kreativität, Zusammenarbeit und Förderung von Beschäftigten, daneben sei bereits die flexible Wahl des Arbeitsortes Standard.

Die Kehrseite der Wertschöpfungskette

Ergänzt wurde dieser Praxisbericht durch ein Grundsatzreferat des GWE-Ehrenvorsitzenden Prof. Werner Lachmann über den Wert und Sinn der Arbeit. In gewohnt lebhafter Art und mit großem Erfahrungsschatz spannte er den Bogen von der Antike bis in die Neuzeit. Arbeit sei erst seit Adam Smith als Produktionsfaktor anerkannt, vorher sei allein der Boden als wertschöpfender Faktor gesehen worden. Arbeit gehöre zum Leben und sei gleichzeitig von Ambivalenz gekennzeichnet. Im antiken Griechenland sei nur frei gewesen, wer nicht von seiner (handwerk-



Fotos: Christian Müller



Teilnehmerecho:

Zum ersten Mal habe ich an einer GWE-Tagung teilgenommen. Die fesselnden Vorträge haben für mich den Zeitgeist widergespiegelt, waren herausfordernd und haben zur Diskussion angeregt. Der ebenso wertvolle wie wertschätzende Austausch hat bei mir seine Wirkung über die gemeinsamen Tage hinaus entfaltet. Ich komme sehr gerne wieder!

Frau Pascale Marie-Hélène Però,
Teamleiterin in der Deutsche Telekom IT GmbH

lichen = „Banause“) Arbeit leben musste. Die Bibel zeige den Menschen dagegen als Mitarbeiter Gottes und Gott als arbeitenden Gott, dessen Sohn als Handwerker tätig war. Der Mensch solle und dürfe die Früchte der Arbeit genießen, aber der Arbeit seien zum Beispiel durch das Sabbat-Gebot Grenzen gesetzt. Nach Luthers Auffassung diene jeder Mensch durch seine Arbeit anderen Menschen und erfülle das Liebesgebot Gottes. Der beste Gottesdienst des Schusters sei es, gute Schuhe zu machen.

Die angeregten Diskussionen im Anschluss an die Vorträge wurden abends in Tischgesprächen in entspannter Atmosphäre fortgeführt, bevor der nächste Tag viel Flexibilität erforderte, weil einige Referenten kurzfristig verhindert waren. Nach einer Vorstellung der GWE-Arbeit durch den Vorsitzenden Prof. Christian Müller (Uni Münster) und der Arbeit von Wort & Wissen durch Dr. Stephan Schmitz konnte Prof. Julia Hartmann (EBS Oestrich-Winkel) ihren Vortrag zur Kinderarbeit zumindest per Live-Übertragung halten. Sie fokussierte die Zuhörer dabei auf die Kehrseite der globalen Wertschöpfungskette. So zeigte sie, dass der globale Fortschritt gegen Kinderarbeit seit 2016 wieder stagniere, obwohl viele europäische Länder Empfehlungen herausgebracht hätten, die Kinderarbeit im Rahmen der Lieferketten bekämpfen sollten. Empirische Forschung zeige aber, dass es für Unternehmen lohnend sei, hier glaubwürdig zu handeln. Wieder in analoger Form referierte Kerstin Schirmer (IHL Liebenzell) über flexibilisierte Arbeitsformen und die sich daraus ergebenden Perspektiven für die Personalentwicklung.

Zwangsprostitution und Sklavenarbeit heute

Die geplante Podiumsdiskussion zur Arbeit und dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) musste umgestaltet werden, da nur Prof. Michael Frenkel (WHU Vallendar) mit seiner Position gegen das BGE es geschafft hatte, den Weg nach Kaub zu finden. Nach einer Online-Umfrage, ob die Tagungsteilnehmer für oder gegen das BGE sind, gab er eine Kurzdarstellung, was für das bedingungslose Grundeinkommen sprechen würde, um dann sehr intensiv auf die Kontra-Argumente einzugehen. Frenkel ging vor allem auf Finanzierungsprobleme ein. Am Ende konnte eine erneute Onlineumfrage zeigen, dass sich einige vorherige Befürworter des BGE nun umentschieden hatten. Die Abendveranstaltung des zweiten Tagungsabends ging vielen Teilnehmern unter die Haut, da Gaby Wentland in ihrer Eigenschaft als Gründerin des Mission Freedom e.V. Hamburg, erschütternde Berichte zum Prostitutionsmarkt in Deutschland gab. Gerade aus ethischer Sicht zeigte die Tagung die Verantwortung auf, nicht nur eine schöne neue Arbeitswelt zu betrachten, sondern auch vor den dunklen Ecken der Arbeit die Augen nicht zu verschließen. Diese – zugegeben etwas bedrückende Perspektive wurde am letzten Tagungstag fortgesetzt, als Daniel Rentschler von International Justice Mission e.V. (IJM) über Mittel und Wege referierte, wie die global verbreitete Sklavenarbeit – die noch nie so verbreitet war wie heute – bekämpft und eingedämmt wird. Dabei ist IJM nicht nur aktiv, wenn es um die Befreiung einzelner Sklaven geht, sondern kooperiert auch in vielen Ländern mit Regierungen, um die Sklavenarbeit systematisch und generell zu verhindern.

Gerade durch die Vorträge von Wentland und Rentschler wurde den Teilnehmern bewusst, dass Arbeit bis in die Niederungen

der Zivilisation betrachtet werden muss, statt sich immer nur mit den mitteleuropäischen Standard-Märkten zu beschäftigen, auf denen es „nur“ um die wirtschaftlichen Aspekte geht. Eine andere wirtschaftsethische Debatte griff der Hamburger Ökonom Dr. Christian Hecker in seinem Referat über exorbitante Managergehälter auf.

Von theologischer Seite referierte Prof. Christoph Raedel von der FTH Gießen zu den Geschlechterverhältnissen in der Arbeitswelt. Seine Abhandlung basierte auf der christlichen Anthropologie in Form der Leiblichkeit, die als gegeben anerkannt werden muss und sich in mehrfacher Art äußert. Es ergeben sich aber auch Chancen und Herausforderungen im Hinblick auf das Geschlechterverhältnis, die letztendlich im homo laudans münden sollten.

Zum Tagungsabschluss bot Prof. Stephan Meisel (Uni Münster) einen kritischen Blick auf die Künstliche Intelligenz, die immer wieder während der Tagung als Stichwort fiel, indem er sehr differenziert die Vorzüge wie auch die Risiken, die mit der Digitalisierung und Robotik einhergingen, darstellte. Er mahnte zu einem vorsichtigeren Umgang mit Daten, was schon bei der Auswahl des passenden Browsers beginne.

Fazit

Eine gelungene Präsenzveranstaltung in unsicheren Zeiten, die sowohl inhaltlich als auch im Miteinander als qualitativ hochwertig erlebt wurde, was auch die anschließende Teilnehmerbefragung gezeigt hat. Als Organisatoren danken wir allen, die sich in die Tagung eingebracht haben und freuen uns bereits jetzt auf die nächsten Fachtagungen und die Begegnung mit Menschen, denen Wirtschaft, Ethik, Gesellschaft und Glaube auf dem Herzen liegen. Und falls Sie bisher nicht zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehört haben, melden Sie sich gerne bei uns, damit wir Sie ganz bewusst zu zukünftigen Tagungen einladen können.

Christliche Sozialwissenschaft: Motor einer wieder gewinnenden Theologie

von Elmar Nass

Gewinnende Theologie wäre ein Zeichen der Zeit, das wieder Hoffnung macht. Die Umstände in Kirche, Medien und Gesellschaft von heute sind bekanntermaßen schwierig. Daneben steht der missionarische Auftrag Jesu. Dessen Herausforderung haben die französischen Bischöfe schon 1996 auf den Punkt gebracht: Wir müssten den Glauben vorschlagen in der Zeit von heute. Das verlangt von der Theologie zugleich Bekenntnis und Dialog auf dem Marktplatz der Meinungen. Hier ist „Christliche Sozialwissenschaft“ (CSW) besonders gefragt. Sie ist ihrem Wesen nach interdisziplinär. Neugier an Wirtschaft, Recht, Medizin, Soziologie u.a. ist Teil ihrer DNA. Ebenso das Ringen mit unterschiedlichen Sozialphilosophien, die mit je eigenen Wertepostulaten Antworten auf gesellschaftliche Fragen anbieten. Das Fach CSW hat an Bedeutung verloren, sei es im theologischen Fächerkanon, sei es in gesellschaftlicher Resonanz. Dabei kann sie begeistern als Wertekompass für große Fragen unserer Zeit. Hierzu schlage ich im Sinne der französischen Bischöfe Voraussetzungen als Propädeutik, eine Systematik als Hermeneutik und schließlich Tugenden vor.

Propädeutik:

Voraussetzungen glaubwürdiger CSW kreisen um Bekenntnis, Neugier und Relevanz: 1.) Am Anfang steht das Bekenntnis zum dreifaltigen Gott und dem heilsgeschichtlichen Auftrag zur Weltgestaltung. CSW als theologische Disziplin fragt neugierig und dialogoffen nach der Anschlussfähigkeit anderer Perspektiven an dieses Profil. 2.) Ökumenische Offenheit bedeutet, gemeinsam mit Vertretern anderer Konfessionen die christliche Anthropologie als Grundlage unbedingter Menschenwürde zu schärfen. So profiliert sie die Semantik von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Lebensschutz, Gemeinwohl, Personalität, Solidarität und Subsidiarität, Familie u.a. 3.) Der interdisziplinäre Charakter verlangt Empathie zu theologischer und sozialwissenschaftlicher Reflexion. Fachübergreifende Sprachspiele zu beherrschen und Sachkenntnisse sind Voraussetzung für den Dialog auf Augenhöhe. CSW ist so das neugierige Auge der Theologie auf die Gesellschaft. 4.) Als heuristische Orientierungswissenschaft muss sie relevante soziale Fragen identifizieren und nach Antworten suchen. 5.) Dabei sind

vernunftmäßig nachvollziehbare Orientierungen anzubieten. Sie müssen theologisch profiliert sein, also nicht einfach austauschbar mit beliebigen säkularen Positionen. Ansonsten wären sie überflüssig. Es reicht also nicht aus, dass sie aktuell und verstehbar sind. Sie müssen die Orientierungsdiskussionen substantiell bereichern.

Hermeneutik:

CSW-Systematik kreist um Profil, Dialog und Mission: 1.) Vor den Antworten steht immer die Reflexion der eigenen Wertebasis. Das in Schöpfung und Jesus Christus begründete Menschen- und irdische Gesellschaftsbild gehört ebenso dazu wie die dreifache Verantwortung des Menschen vor Gott, sich selbst und dem Nächsten. Das begründet Lebensschutz vom Anfang bis zum Ende. Es schließt die Nivellierung der Würde des Menschen mit anderen Geschöpfen oder gar mit digitalen Artefakten (E-Personalitäten, Cyborgs z.B.) aus. Es begründet soziale Gerechtigkeit als Befähigung zur Eigen- und Sozialverantwortung. Laissez-Faire scheidet ebenso aus wie



Foto: signelements.com



Foto: unsplash, Joshua Eckstein

ein Wohlfahrtsstaat, Planwirtschaft usw. 2.) Nach dieser Vergewisserung werden konkrete gesellschaftliche Dilemmasituationen betrachtet, die nach Orientierung schreien. Herausforderungen für Menschenwürde und Gesellschaft wie etwa Anfang und Ende des Lebens, sich ändernde Familien- und Identitätsbilder, Migration, Kriegseinsätze und Christenverfolgung, wachsender Einfluss Chinas und islamistische Bedrohung, Steuergerechtigkeit und Geldpolitik, Organspende und die Zukunft der Pflege, KI, Big-Data und VR-Welten, Familien-, Klima- und Corona-Politik (etwa Fragen nach Triage, Einsamkeit, Schulden, Arbeitslosigkeit, internationaler Hilfe, Impfpriorisierung oder Patenten) u.v.a.m. sind auf Grundlage theologischer Reflexion in den Blick zu nehmen. 3.) Anschließend sind die relevanten Fachdisziplinen mit ihren Kenntnissen und Empfehlungen zu Rate zu ziehen. Auf dieser ersten Dialogebene werden neugierig Kompetenzen aus Medizin, Jura, Ökonomie, Technik o.a. abgefragt und anschließend mit der theologischen Wertebasis konfrontiert. Keine Scheu vor solcher Komplexität! Das erfordert theologischen Mut ebenso wie die hilfreiche Expertise von Experten in sehr unterschiedlichen Anwendungsbereichen. 4.) Daraus ergeben sich christlich verantwortbare Orientierungen zur Lösung der Dilemmata: etwa ein begründetes Nein zur utilitaristischen Triage, wie sie 2020 in Italien praktiziert wurde oder ein begründetes Ja zur Familie in der Semantik der Enzyklika Familiaris Consortio. Oder eine begründete Position zum Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan. Dazu ließen sich unterschiedliche Positionen christlich gut begründen. Es gibt also nicht immer die eine eindeutige Antwort. Dies macht eine spannende Streitkultur innerhalb des Fachs nötig, die menschlich fair und deshalb unideo-

logisch zu führen ist. Das wäre eine zweite Ebene des Dialogs.

5.) Sodann folgt die dritte, diesmal im Austausch mit Antworten, die aus anderen weltanschaulichen Perspektiven gewonnen werden. Hier sind Nähe und Distanz klar abzustecken. So entdecken wir einerseits gleiche Argumente, die nur unterschiedlich begründet sein mögen. Grenzen ziehen wir andererseits gegenüber Positionen, deren Wertebasis fundamental christlichem Verständnis widersprechen. Deshalb können etwa libertäre, utilitaristische, darwinistische, säkularistische, religiös oder politisch fundamentalistische, rechts- oder linksradikale Relativierungen menschlicher Würde oder Kampffideologien jeder Art keine Partner einer CSW sein.

6.) Es können bei gemeinsamen Argumenten über die Brücke der Vernunft im religiösen oder säkularen Umfeld nunmehr Koalitionen zur Durchsetzung christlicher Positionen geschlossen werden (etwa mit kantischen oder neu-aristotelischen, mit phänomenologischen, gemäßigt säkularen (Charles Taylor) oder anderen theologischen Humanismen u.a.). Solche Bündnisse bieten Einflussmöglichkeiten in zunehmend säkularem Umfeld. Das ist wirksame Mission zur gesellschaftlichen Gestaltung im Sinne unseres Menschen- und Gesellschaftsbildes.

7.) Essentiell bleibt dabei für die CSW die erkennbar theologische Herleitung eige-

ner Argumente. Auf der vierten Dialogebene folgt deshalb der wertschätzende Austausch der Koalitionäre über die je unterschiedlichen Begründungswege, etwa für die unbedingte Würde von Menschen mit Behinderung und die daraus abgeleitete Ablehnung der Euthanasie, oder für eine geldpolitische Berücksichtigung von Solidität und Subsidiarität. Hier kann die CSW erneut missionarisch wirken, ohne die Koalition zu gefährden. Sie hört neugierig die Begründungen der Partner und stellt ihnen die überzeugende christliche Begründung solcher unbedingten Würde und sozialer Irenik vor.

Tugenden:

CSW kann nur gewinnend wirken mit glaubwürdiger Theologentugend. Dazu zählen 1.) das persönliche Bekenntnis und Bereitschaft zur Evangelisierung, 2.) innerhalb der CSW-Landschaft ein verbindendes Bekenntnis-Bewusstsein und faire Streitkultur, 3.) in zunehmend entchristlicher Gesellschaft realistische Bescheidenheit, 4.) ehrliche interdisziplinäre Neugier ohne theologische Hybris, 5.) Mut zu unpopulären Orientierungen, zur Abgrenzung gegenüber unvereinbaren Positionen und zur Koalition mit inhaltlich nahestehenden Argumenten, sowie 6.) Hoffnung auf den Beistand des Heiligen Geistes.

Beitrag zuerst veröffentlicht: Die Tagespost (Wissenschaft) vom 6.11.2021



Prof. Dr. Dr. Elmar Nass

ist katholischer Theologe und Ökonom. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie.

Fehlendes Wirtschaftswissen bedeutet weniger Freiheit

von Verena von Hugo

Deutschland fällt bei der finanziellen Allgemeinbildung junger Menschen zurück. Der Mangel ist seit Jahren bekannt, und doch passiert wenig. Das ist nicht nur ungerecht, es mindert auch Zukunftschancen.

Seit Jahren schafft Deutschland es nicht, ökonomische Bildungsinhalte hinreichend in allen weiterführenden Schulen zu verankern. Auch international fällt das Land zurück: Bereits 2009 haben die OECD-Staaten – als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 – die Entwicklung nationaler Strategien zur Vermittlung von Finanzwissen empfohlen. Deutschland hat als letztes OECD-Land bis heute keine derartige Strategie entwickelt.

Bildung und Prägung in Bezug auf Finanzen erfolgt heute meist in der Familie. Damit hängt es von der Geburt, also vom sozio-ökonomischen Hintergrund ab, ob man ökonomische Bildung erfährt oder nicht. Objektive, allgemeinbildende praktische Impulse von außen fehlen häufig ganz. So geht Chancengerechtigkeit verloren.

Diesen Mangel artikulieren die Betroffenen selbst: Laut „Jugendstudie 2021“ des Bankenverbands plädieren 77 Prozent der befragten 14- bis 24-Jährigen für die Einführung eines Schulfachs Wirtschaft. Es ist paradox: Das Wirtschafts- und Finanzwissen nimmt ab, gleichzeitig zeigt eine Studie des DIW in Berlin, dass Finanzbildung tatsächlich das Finanzverhalten positiv beeinflussen kann.

Damit sich Menschen auch in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen orientieren und kompetent handeln können, müssen sie sich dieser Fragestellungen bewusst sein und über entsprechende Urteils-, Entscheidungs- und Handlungskompetenzen verfügen. Ein wichtiges Element ökonomischer Bildung an der Schule ist die Wertebildung. So sollen Schülerinnen und Schüler reflektieren können, was gutes und was schlechtes Verhalten in ökonomisch geprägten Situationen ist. Wie handelt z. B. ein Konsument ökologisch verantwortlich? Sie lernen aber auch institutionenethische Zusammenhänge kennen: Welche Regeln bestimmen die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns? Das sollte in der Schule vermittelt werden, doch sucht man ein Schulfach Wirtschaft hier zu Lande meist vergebens.

Die Flossbach von Storch Stiftung hat zum Stand der ökonomischen Bildung in Deutschland die OeBiX-Studie beim Institut für ökonomische Bildung in Oldenburg (IÖB) in Auftrag gegeben. Das Ergebnis: In keinem Bundesland erreicht ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen den Stundenumfang eines „normalen Nebenfachs“ mit 200 Unterrichtsstunden in der Sekundarstufe I, also z. B. zwei Stunden in der siebten, achten und neunten Klasse. Elf von 16 Bundesländern erfüllen nicht einmal 50 Prozent davon. An den Hochschulen sieht es kaum besser aus: Die Bundesländer erfüllen die Anforderungen für die entsprechenden Lehramtsstudiengänge durch wirtschaftsdidaktische Professuren im Schnitt nur zu 40 Prozent.

Der Widerstand gegen eine bessere Verankerung ökonomischer Bildung an Schulen und Hochschulen ist vielfältig und teilweise ideologisch motiviert. So wird zuweilen Lobbyismus in der



Foto: unsplash, Angello Pro

Schule befürchtet. Die Wirtschafts- und Finanzwelt wolle dort ihre Botschaften und Produkte platzieren und das Recruiting in die Schulwelt vorziehen, heißt es. Ein Nebenfach Wirtschaft würde nicht nur diesen Vorwurf entkräften, sondern auch viele außerschulische Angebote überflüssig machen. Mit einem regulären Nebenfach Wirtschaft gäbe es Lehrpläne und qualifizierte Lehrkräfte, die den Wirtschaftsunterricht objektiv und multiperspektivisch gestalten.

Ganz gewiss ist die Schaffung eines Schulfachs Wirtschaft eine Herkulesaufgabe. Der langwierige Prozess, der didaktische Kreislauf aus Lehrplänen, Stundenkontingenten, Lehramtszugangsverordnungen, Lehramtsstudiengängen, Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte muss durchdekliniert werden. Doch es deshalb nicht anzugehen, kann keine Alternative sein.

Ökonomische Bildung kann helfen, Lösungen für die großen Herausforderungen zu finden, wie die zunehmende Altersarmut, die Grenzen unserer Sozialen Sicherungssysteme, die Klimafrage und auch die digitale Zukunft. Das müsste im Sinne jedes Einzelnen und unserer Gesellschaft sein.

Dafür setzt sich das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) ein: Der 2020 gegründete gemeinnützige Verein hat mehr als 90 überwiegend institutionelle Mitglieder, darunter Lehrkräfte, Verbände, Stiftungen, Wirtschaft und Wissenschaft, die sich für die Stärkung der ökonomischen Bildung in Deutschland engagieren.

Gesellschaft und Wirtschaft sind keine Gegensätze. Sie brauchen und befruchten einander. Umso wichtiger ist die Schule als Ort der Wissensvermittlung. Finanz- und Wirtschaftsbildung – die Wertebildung eingeschlossen – müssen einen höheren Stellenwert in Deutschland bekommen.



Foto: Marcus Becker

Verena von Hugo

ist Vorstand der Flossbach von Storch Stiftung und Co-Vorsitzende im Bündnis für Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB).